

# Pulsnitzer Wochenblatt

Sernsprecher: Nr. 18.

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.

Mit „Illustr. Sonntagsblatt“, „Landwirtschaftlicher Beilage“ und „Für Haus und Herd“.

Abonnement: Monatlich 45 Pf., vierteljährlich Mk. 1.25 bei freier Zustellung ins Haus, durch die Post bezogen Mk. 1.41.

## Amts-



## Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz

Inserate für denselben Tag sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die fünf mal gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pf., Lokalpreis 10 Pf. Reklame 25 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Zeitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Erfüllungsort ist Pulsnitz.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz, umfassend die Ortshafte: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- u. Niederlichtenau, Sriedersdorf-Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf. Druck und Verlag von **E. L. Sörster's Erben** (Inh.: J. W. Mohr). Expedition: **Pulsnitz**, Bismarckplatz Nr. 265. Verantwortlicher Redakteur: **J. W. Mohr** in **Pulsnitz**.

Nr. 37.

Sonnabend, den 27. März 1909.

61. Jahrgang.

Auf Seite 39 des hiesigen Güterrechtsregisters ist heute eingetragen worden, daß die Eheleute **Bäcker Heinrich Friedrich Hahn** und **Bedwig Liddy geb. Böhme** in **Oberlichtenau** durch Vertrag vom heutigen Tage die Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Vermögen seiner Frau ausgeschlossen haben. Pulsnitz, am 25. März 1909.

Königliches Amtsgericht.

## Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 29. März 1909, abends 1/28 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses.

— Tagesordnung: —

1. Erhöhung der Besitzwechselabgaben.
2. Abänderung des Anlagenregulatives.
3. Beträge mit den Gemeinden Ober- und Niedersteina, Weißbach und Bischoheim.
4. Beitritt zum Verein „Sächsischer Heimatschutz“.
5. Gesuch des Polizeiwachmeisters.
6. Gebirgs- und Verschönerungsvereins.
7. Revisionsabkommen mit der Akkumulatorenfabrik-Aktiengesellschaft.
8. Ortsgesetz über Tagelöhner und Reisefosten.
9. Veränderung im Polizeidienst.
10. 2 Dankschreiben.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Pulsnitz, den 26. März 1909.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

S. B.: **Fermann Sperling**.

### Das Wichtigste.

Der König von Sachsen ist, von Genua kommend, heute Mittag zu einem Besuch am Großherzoglichen Hofe in Karlsruhe eingetroffen. Die Rückkehr nach Dresden erfolgt am Montag früh.

Die „Nat.-Ztg.“ bringt einen detaillierten Vorschlag einer neuen Erbschaftsteuer, der ihr von der nationalliberalen Reichstagsfraktion zugegangen ist. Die in verschiedenen Blättern aufgetauchte Meldung, daß Staatssekretär Dernburg erkrankt sei und einen längeren Urlaub angetreten habe, ist falsch.

Die Hohenzollern ist nach dem Mittelmeer abgegangen. Der Reichstag erledigte am Freitag einige Reste aus bereits genehmigten Statkapiteln und ging dann zur zweiten Lesung des Automobilgesetzentwurfs über. (Siehe Reichstagsbericht.)

Die Finanzkommission des Reichstages nahm am Freitag in der fortgesetzten Beratung der Brantweinsteuervorlage unter Ablehnung des freisinnigen Antrags über die Liebesgabe den Antrag der Konservativen mit einem Zusatzantrag des Zentrums an. Danach ist die Verewigung der Liebesgabe in der Höhe von 20 M erreicht.

In bezug auf die Blockkrise macht sich in Berlin eine etwas optimistische Auffassung geltend.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß dort infolge der Ereignisse im Königshause tiefste Niedergeschlagenheit herrscht. Auch Prinz Alexander, der zweite Sohn des Königs von Serbien, hat seinen Verzicht auf den Thron erklärt. Es wird ferner bekannt, daß der Kronprinz Belgrad bisher nicht verlassen hat, sondern im dortigen Palais weilt.

Der Temps richtet auffallend scharfe Angriffe gegen die österreichisch-ungarische Politik.

Aus Rumänien wird der Ausbruch von Bauern-Unruhen gemeldet.

### Die Erschütterung der Blockpolitik.

Die unglückselige Lage der Reichsfinanzreform und die scheinbar unüberbrückbare Abneigung der konservativen Parteien in bezug auf die Einführung einer Nachlaßsteuer scheinen bereits zu einer Erschütterung der Blockpolitik im Reichstage geführt zu haben, denn einer der Führer der Konservativen hat dem Führer der Nationalliberalen, Herrn Wassermann, erklärt, er habe den offiziellen Auftrag, den Nationalliberalen mitzuteilen, daß die konservative Fraktion die Reichsfinanzreform unter allen Umständen und gleichviel mit welcher Reichstagsmehrheit machen werde. Die konservative Partei wäre bereit, etwa

400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen und etwa fehlende Beträge sollten durch Matrifularumlagen aufgebracht werden. Unter keinen Umständen würden die Konservativen einer Besitzsteuer oder einer Nachlaß- und Erbschaftsteuer zustimmen. Der konservative Führer, der diese folgenschwere Erklärung abgegeben hat, ist Herr v. Normann, und er hat bei seiner Erklärung in Abrede gestellt, daß sie eine Kündigung der Blockpolitik bedeute, denn für nationale Zwecke könne der Block ja noch bestehen bleiben. Die Reichsfinanzreform ist aber doch auch in hohen Maße eine nationale Aufgabe, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die nationalliberale Partei diese Haltung der Konservativen als eine Kündigung der Blockpolitik angesehen wissen will. Der freisinnigen Partei und der Zentrumsparthei ist übrigens von der konservativen Partei die gleiche Erklärung übermittelt worden. Man muß diese Haltung der Konservativen in hohem Maße im Interesse einer nationalen Politik bedauern, denn die Reichsfinanzreform wollen auch die übrigen Blockparteien, sie wollen aber diese bringende Finanzreform mit solchen Mitteln durchsetzen, die sie für gerecht und billig halten und wollen nicht das Volk mit einer ungeheuerlich großen neuen indirekten Steuer belasten. Es kommt dazu, daß die Einführung einer Reichs-erbschaftsteuer als eine durchaus gerechte Belastung des größeren Besitzes allgemein im deutschen Volke immer mehr gewünscht wird, und daß auch die größten Autoritäten der Nationalökonomie und des Rechtswesens die Einführung der Erbschaftsteuer für durchaus zweckmäßig erachten. Man darf auch nicht vergessen, daß die Reichsregierung selbst die Einführung einer Nachlaß- oder Erbschaftsteuer wünscht. Nach der ganzen Haltung der konservativen Partei soll aber die Reichsfinanzreform nur nach ihrem Rezept und unter Ausschluß der Besteuerung des größeren Besitzes erfolgen. Praktisch betrachtet, können aber die Konservativen jetzt nur mit der Zentrumsparthei noch eine Mehrheit für die Reichsfinanzreform bilden, und man darf nun begierig sein, was für Vorschläge der Regierung bezüglich der Reichsfinanzreform gemacht werden! — Soll nun der nationale Ring, der mühsam bei den letzten Reichstagswahlen für den Reichstag durch die Bildung des Blocks errungen worden ist, ohne weiteres wieder zersprengt werden? Der Reichstanzler selbst hat doch die Bildung einer Reichstagsmehrheit in diesem Sinne gewünscht und eine Abhängigkeit der Regierungsvorlagen von der Zustimmung der Zentrumsparthei für höchst gefährlich und bedenklich erachtet. Man steht der neuesten parteipolitischen Entwicklung im deutschen Reichstage gegenüber wie vor einer Ueberraschung und einem Verhängnis, denn viel Gutes kann dem deutschen Reiche doch wahrhaftig nicht daraus entstehen, wenn plötzlich die Reichstagsmehrheit, auf die sich die Regierung stützen wollte und sollte, in die Brüche geht und schließlich die alte parlamentarische Misere wieder eintritt. Man darf auf die Haltung des Reichstanzlers in dieser kritischen Frage gespannt sein.

### Oertliches und Sächsisches.

Pulsnitz. Der Sonntag Judica führt uns in seinen für beide christliche Konfessionen geltenden Evangelium einen ernsten, gerade für unsere Tage tief bedeutungsvollen Vorgang vor die Seele: Christi Steinigung (Joh. 8, 46 bis 59). Eben hatte er seinem Volke von der ewigen Wahrheit gezeugt, da erhoben sie Steine, um ihn zu töten. Auch das er kurz zuvor wegen der „Ehebroscherin“, die nach jüdischem Geseze der Steinigung schuldig war ihnen zugerufen hatte: „Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf sie!“ mag ihre Handlungsweise beeinflusst haben. Nun erhoben sie die der „Sünderin“ zugebachten Steine gegen ihn! Die Welt kann eben nichts schwerer ertragen, als wenn sich einer gegen altererbte, wenn auch längst überlebte Meinungen und Vorurteile erhebt. Jeder, der gegen dieselben ankämpft und an die Stelle des Alten etwas Neues zu setzen sich bestrebt, wird auf solchen Widerstand stoßen, aus dem leicht ein „Steinigung ihn!“ werden kann. So ist den ersten Christen ergangen, so allen großen Entdeckern und Erfindern. Einen Kolumbus legten neidische, mißgünstige Höflinge in Ketten und einem Galilaei rangen Finsterlinge unter den Qualen der Tortur einen Widerruf seiner weltbewegenden Lehre von der Erdrotation ab, bis sich schließlich die Wahrheit in dem Bekennnisse Luft machte: „Und sie bewegt sich doch!“ Wie erklärt sich dieser Widerspruch, diese Feindschaft gegen die fremde Größe und Ueberlegenheit? In den meisten Fällen aus Selbstlosigkeit und Egoismus, aus Selbstvergötterung, die neben und außer sich nichts Ebenbürtiges, geschweige denn Ueberlegenes und Höheres dulden will. Dazu gesellt sich blasser Neid und kleinliche Rachsucht, gepaart wohl auch mit Schadenfreude, die über den erhofften Fall des beneideten und verhassten Konkurrenten triumphiert. Es sind dies die häßlichsten Grundzüge im menschlichen Charakter, die nur denkbar sind. Statt sich an den Fortschritten und Errungenschaften zu freuen, wird deren Urheber in den Staub getreten! Man vergißt dabei zweierlei: vor allem daß jene Errungenschaften, ja allen ohne Unterschied, also auch dem Neider und Verfolger, zugute kommen, und ferner, daß wir alle eine große Menschenfamilie, einen Leib bilden, dessen Glieder sich nur zum Schaden des Ganzen befehlen können. Und das wirklich Gute und Große bricht sich trotzdem Bahn, wieviel auch kleinliche Neider und Hasser es verfolgen, mögen!

Pulsnitz. Am Donnerstag Abend hielt der konservative Verein für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz eine öffentliche politische Versammlung ab, in der Herr Landtagsabgeordneter Knobloch aus Radeberg Bericht über die Arbeiten des vergangenen Landtages erstattete. Herr Amtsrichter Reichert eröffnete die Versammlung und erteilte Herrn Knobloch das Wort zu seinen Ausführungen. Er schilderte nach Erwähnung des überaus reichen Pensums der verschiedenen Deputationen in längerer Rede den Gang der letzten Tagung der Zweiten Kammer, besprach die wichtigsten aus derselben hervorgegangenen Geseze

